NR. 771/2010 | 06. Juni 2010

presse

# Elterngeld – vom Erfolgsmodell zum unsozialen Sparmodell

Zu den Ergebnissen der Kabinettsklausur und den vorgestellten Sparvorhaben erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Wie weit weg von der Realität der Menschen muss eine Bundesregierung mit ihrer Familienministerin Schröder sein, die solche Sparvorschläge macht. Sparen bei denen, die ohnehin am wenigsten haben. Dies ist zutiefst ungerecht, unsozial und zukunftsfeindlich.

Wie bei der Bildung so hätte es auch im Bereich der Familienpolitik keinerlei Kürzungen geben dürfen. Aber eine Ministerin, die von sich aus schon Angebote zum Sparen macht, ist keine gute Anwältin für Eltern und ihre Kinder.

Und die Bundeskanzlerin - sie hält alles für zielgerichtete Politik.

Und der Vizekanzler: Er spricht von einem ausgewogenen, fairen und gerechten Sparpaket.

Die Realität für die Familienpolitik soll sein: Die schwarz-gelbe Koalition will das Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -empfänger ganz streichen. 300 Euro weniger: Das hat katastrophale Auswirkungen für Kinder, deren Eltern besonders wenig Geld zur Verfügung haben. Damit werden viele Kinder zukünftig bereits von Geburt an benachteiligt. Familien zweiter Klasse, Kinder zweiter Klasse.

**IMPRESSUM**
**HERAUSGEBER** THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
**TELEFON** (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
**E-MAIL** PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Zukünftig soll das Elterngeld nur noch 65 Prozent des letzten Nettoerwerbseinkommens betragen. Damit sind auch Eltern mit mittlerem Einkommen Verlierer dieser Sparvorschläge. Und weiter ist zu befürchten, dass gerade die Väter im Ergebnis noch seltener Elterngeld beziehen werden. So wird das einst als Erfolgsmodell gefeierte Elterngeld zum unsozialen Sparmodell der schwarz-gelben Regierung.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht an der Seite der Familien und wird mit starken Partnern in der Gesellschaft Widerstand gegen diese unsoziale Politik leisten.